

6. Interpellation von Kristiane Vietze, Anders Stokholm, Daniel Eugster, Reto Ammann, Daniel Vetterli und Peter Bühler vom 17. Februar 2021 "Digitale Infrastruktur im Thurgau" (20/IN 17/122)

Beantwortung

Präsidentin: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantin und die Interpellanten haben das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Vietze, FDP: Auch im Namen der Interpellanten möchte ich dem Regierungsrat für die Beantwortung unserer Interpellation danken. Die Antworten auf unsere Fragen sind sehr spannend und decken grosse Herausforderungen und dringenden Handlungsbedarf auf. Ich **beantrage** deshalb Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Vietze, FDP: Der Trend der Digitalisierung ist gekommen, um zu bleiben. Wir können feststellen, dass der Kanton Thurgau auf dem Weg zu einer belastbaren Kommunikationsinfrastruktur ist. Er hat aber noch einige Baustellen offen. Ich möchte hier nur einige wichtige nennen. Der Weg für neue Technologien ist beschwerlich: Eine grosse Hürde für eine belastbare und effiziente Kommunikationsinfrastruktur sind nach wie vor Bedenken gegenüber neuen Technologien, insbesondere gegenüber der 5G-Technologie. In der Telecombranche geht man davon aus, dass in der Schweiz derzeit mehr als tausend Baugesuche für Mobilfunkanlagen durch Einsprachen von Anwohnern und behördliche Verzögerungen auf Eis gelegt sind. Für die Bewilligung und Kontrolle von Mobilfunkanlagen sind die Kantone und die Gemeinden zuständig. Aus der Beantwortung der Interpellation geht allerdings hervor, dass der Kanton Thurgau sicherlich keine Verzögerungstaktiken anwendet. Davon gehe ich jedenfalls aus. Vertrauensbildung bleibt in diesem Bereich enorm wichtig. Der Bund entwickelt entsprechend das Monitoring der Strahlenbelastung weiter und schafft eine neue umweltmedizinische Beratungsstelle. Vielen ist nicht klar, dass das Handy der wichtigste Strahlenverursacher ist und jede weitere Antenne die Strahlendosis für Handynutzer reduziert. Der Bundesrat will die Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft vorantreiben und erachtet dafür leistungsfähige Mobilfunknetze nach dem 5G-Standard als unverzichtbar. Ausserdem trägt der Ausbau von 5G-Netzen zur Reduktion von Treibhausgasen bei. Pro Gigabyte transferierter Daten ist der 5G-Standard etwa viermal energieeffizienter. Es ist also wichtig, auf diesem Weg fortzuschreiten. Kommunikationsinfrastruktur muss auch in Krisenzeiten funktionieren: Dass in der Telekommunikation heute keine explizite gesetzliche Verpflichtung für Anbieter besteht, ihre Netze gegen eine Strommangellage oder einen Stromausfall abzusichern, erschreckt. Allerdings wurden die gravierenden Auswirkungen auf Bevölkerung,

Wirtschaft und Behörden erkannt, und der Bundesrat hat eine öffentliche Vernehmlassungsvorlage für Anfang 2023 zu dem Thema in Aussicht gestellt. Für den Kanton stellt sich zusätzlich die Aufgabe, mit dem neuen Datenverbundnetz eine stromsichere Kommunikation von 14 Tagen sicherzustellen. Der Grundaufbau des Netzes ist bis ca. 2027 geplant. Das dauert noch eine Weile und ist derzeit nicht gesichert. Es gibt für den Kanton Thurgau noch viel zu tun. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat und der Verwaltung für ihren spürbaren Einsatz zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur mit dem neu eingerichteten "Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung" und mit dem Verein "Smarter Thurgau". Der Kanton Thurgau gehört zu denjenigen Kantonen, die durch den Regierungsrat und den Grossen Rat explizit mit einem Rahmenkredit für digitale Transformation ausgestattet wurden. Es gibt allerdings noch viel zu tun.

Schallenberg, SP: In einem Landkanton, wie es der Kanton Thurgau eben ist, benötigt es für eine gute digitale Infrastruktur grössere Bemühungen als in städtischen Gebieten, um wirtschaftlich, sozial und kulturell vorne dabei zu sein. In den Städten ist die Erstellung der digitalen Infrastruktur für die Anbieter interessanter, weil sie dort auf kleinerem Raum viel mehr Kundinnen und Kunden und somit viel mehr Einnahmen generieren können als auf dem Land. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir als Landkanton bezüglich Digitalisierung den Turbo zünden. Der Regierungsrat zeigt uns mit seiner guten und informativen Beantwortung auf, dass eine klare kantonale Strategie vorhanden ist. Zudem übernimmt mit dem Verein "Smarter Thurgau" also eine private Organisation und keine Regierungsstelle den Koordinationsauftrag, um die unterschiedlichen Bedürfnisse von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu bündeln. Das ist ein tolles Stück Thurgau. Oder soll ich sagen, ein tolles Stück "Open Thurgau"? Ich erlaube mir eine Nebenbemerkung: Visionäre Ideen sind wichtig, um vorwärts zu kommen. Wir sollten die Visionen bündeln, nicht verzetteln. Wir brauchen keine neuen Visionsgefässe, sondern engagierte Visionäre in den bestehenden Gefässen. Damit komme ich zurück zur digitalen Infrastruktur, die zum Teil visionär ist. Der Regierungsrat zeigt uns in seiner Beantwortung auf, welches der Stand der 5G-Netze und der GPS-Signale, des Global Positioning Systems, und wie kontrovers der entsprechende Antennenbau ist. Da haben wir noch Bedarf. Es ist zudem spannend und gut zu lesen, dass die Telefonie, ein Internetzugang und sogar ein Vermittlungsdienst in Gebärdensprache zur Grundversorgung gehören. Das habe ich bisher nicht gewusst. Damit ist für die Inklusion von hörbehinderten Menschen gesorgt. Das gefällt mir. Also ist alles in bester Ordnung? Nein, nicht ganz. Die gesamte Digitalisierung nützt uns nichts, wenn uns der Strom ausgeht. Dementsprechend müssen wir alles daransetzen, um auf umweltfreundliche Art und Weise elektrischen Strom zu produzieren und zu speichern. Nebst Photovoltaik brauchen wir Windräder, höhere Stauseemauern sowie eine EKT AG, die flexibel am Strommarkt teilnehmen kann, um den Strombedarf zu decken. Zu guter Letzt brauchen wir als westliche Gesellschaft ein grösseres Verständnis im Umgang mit unseren Ressourcen. Strom-

sparen würde uns allen, speziell in den krisengeschüttelten Zeiten, dem ökologischen Gleichgewicht und in diesem Sinne auch der Digitalisierung, sehr guttun.

Bühler, Die Mitte/EVP: Gut funktionierende und qualitativ hochstehende Infrastrukturen sind für eine prosperierende Gesellschaft essenziell, egal, ob es sich um Schulen, Spitäler, Strassen, Wasserspeicher oder Elektrizität handelt. Dass bei einer fortschreitenden Digitalisierung auch in diesem Bereich eine in allen Belangen funktional gut ausgebaute Infrastruktur zur Verfügung stehen muss, versteht sich fast von selbst. Die vorliegende Auslegeordnung des Regierungsrates ist aufschlussreich und interessant. Die Fraktion Die Mitte/EVP möchte sich dafür herzlich bedanken. Die Digitalisierung bietet viele Chancen, kennt aber auch Risiken. Wir alle, und insbesondere ich selbst, haben bei anderen Gelegenheiten bereits darauf hingewiesen. Es versteht sich, dass der Bund, der Kanton und die Gemeinden für eine erfolgreiche Erstellung der Infrastruktur für die Digitalisierung Hand in Hand gehen müssen. Wie bei anderen Infrastrukturen ist es bei der Digitalisierung nicht anders, dass die Allgemeinheit Vorleistungen für die grundlegenden Investitionen erbringen muss. Frage 2 der Interpellation, wem welche Aufgaben zukommen, ist unseres Erachtens nicht und schon gar nicht abschliessend beantwortet. Hier würde es uns helfen, klarere Antworten zu erhalten. Eine der grossen Herausforderungen wird die Erschliessung unseres Kantons mit einem stabilen und akzeptierten 5G-Netz sein. Hier stockt der Ausbau bekanntlich. Somit ist bei immer grösserer Nachfrage nach Datenkapazitäten rasch ein Datenstau vorhanden. Dass man die Grenzwerte in der Schweiz derart streng auslegt, so dass pro Antenne nur 3 % bis 5 % Leistung abgerufen werden können, ist jedenfalls nicht wirklich zukunftssträchtig. Der Thurgau und vor allem die Bodenseeregion erhält oft Datensignale von deutschen Antennen. Wollen wir so eine Infrastruktur der Zukunft schaffen? Ich stelle das in Frage. Der Ausbau des Glasfasernetzes im Thurgau soll, wenn man den Ausführungen des Regierungsrates glaubt, auf gutem Weg sein. Breitbandtechnologie ist sicher einer der Schlüssel, wenn man schliesslich in jeder Stube genug Datenkapazitäten zur Verfügung haben will, um beispielsweise auch in Zukunft ein flächendeckendes Homeoffice anbieten und sicherstellen zu können. Eine zentrale Bedeutung kommt der Sicherstellung der Stromversorgung zu. Ohne Elektrizität geht gar nichts. Die Priorität 1 ist somit klar. Es wird das "Lebenselixier" sein, ohne das in den anderen Bereichen nichts weiterentwickelt werden kann. Zu Recht weist der Regierungsrat in Frage 6 darauf hin, dass die Mobilfunknetze bei der Versorgung des Landes mit systemrelevanten Fernmeldediensten eine tragende Rolle spielen. Ob das genügt, weiss ich nicht. Ob der Thurgau alleine einen Gang höher schalten könnte, wage ich zu bezweifeln. Ich möchte es aber nochmals betonen: Ohne Strom ist alles andere nichts. Es wäre, als hätte der Bäcker plötzlich kein Mehl mehr. Zucker, Eier und Glasur alleine werden auch in Zukunft nicht reichen, um Brot zu backen. Die Abhängigkeit von Bund und/oder globalen Märkten sowie Partnern dieser Märkte wird im Digitalen Zeitalter nicht weniger, sondern unglücklicherweise eher mehr. Es wird darum an uns

allen sein, zu entscheiden, wo wir welche Risiken eingehen und wo besser nicht.

Zuber, SVP: Die SVP Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Zusammenfassend stellen wir fest, dass sehr wichtige Fragen gestellt wurden. Uns beunruhigt vor allem das Tempo der Umsetzung. So soll in fünf Jahren eine stromausfallsichere Mobilfunkversorgung sichergestellt werden. Wir wissen aber heute, dass schon ab 2025 eine Strommangellage auftreten kann. Der letzte Satz der Beantwortung lautet wie folgt: "Es besteht aber auch Handlungsbedarf beim Schutz kritischer Infrastrukturen vor Angriffen über das Internet (Cyber Security)." Der Regierungsrat unterlässt es aber, über das sehr aktuelle und heikle Handlungsfeld eine Strategie aufzuzeigen. Unseres Erachtens ist das fast schon fahrlässig. Zu den Antworten auf die Fragen haben wir folgende Bemerkungen: Bei Frage 1 verweist der Regierungsrat auf die "Strategie Digitale Verwaltung Thurgau", die am 11. August 2020 erlassen wurde. Die strategischen Handlungsfelder werden durch das eigens geschaffene "Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung" bearbeitet. Unseres Erachtens muss die Strategie kritisch hinterfragt werden. Denn die aktuellen Ereignisse haben zu einer neuen Bedrohungslage geführt, die sich auf die Handlungsfelder und deren Prioritäten auswirken kann. In der Antwort auf Frage 2 legt der Regierungsrat einen Schwerpunkt auf die Rolle des Vereins "Smarter Thurgau". Der Verein ist aktiv und bringt wichtige Impulse, gerade auch im Hinblick auf die digitale Infrastruktur. Laut der Antwort auf Frage 3 stockt der Ausbau des 5G-Netzes. Baugesuche verlaufen schleppend und werden durch Einsprachen verzögert. Gemäss dem Regierungsrat hat dies Auswirkungen auf die Wirtschaft. Wir fragen uns, ob der Kanton mehr Druck auf den Ausbau des 5G-Netzes ausüben sollte und ausüben könnte. Die GPS-Signale werden weitestgehend von den Grossmächten Vereinigte Staaten von Amerika, Russland und China verbreitet. Die Abhängigkeit ist ein grosser Risikofaktor, der in der Antwort auf Frage 4 infolge der total geänderten Bedrohungslage nicht betrachtet wurde. Die nationale Risikoanalyse aus dem Jahr 2020 bezeichnet die Strommangellage, die Pandemie und den Ausfall des Mobilfunks als die drei grössten Risiken. In der Beantwortung der Frage 5 geht der Regierungsrat auf die "Energiestrategie 2050" ein. Wir sind der Meinung, dass der sicheren Stromversorgung ein grösseres Gewicht beigemessen werden sollte. Es wird in der Antwort auf Frage 6 auf die Wichtigkeit und die tragende Rolle der Versorgung des Landes mit systemrelevanten Fernmeldediensten wie Notruf, Breitband-Internet oder Sprachtelefonie hingewiesen. Wie erwähnt soll in etwa fünf Jahren eine landesweite stromausfallsichere Mobilfunkversorgung für Notrufdienste sichergestellt sein. Wir wissen aber heute, dass die befürchtete Strommangellage bereits früher eintreten kann. Wir sind der Meinung, dass es in diesem Bereich viel zu langsam vorwärtsgeht.

Wüst, EDU: Ich verlese das Votum meines Fraktionskollegen Christian Mader: "Die EDU dankt der Interpellantin und den Interpellanten für den Vorstoss. Die Nachfrage über den

Stand der Digitalen Infrastruktur im Thurgau erachten wir als sehr wichtig, damit die Digitalisierung und vor allem die Digitale Transformation vorangetrieben werden kann. Was ist der Unterschied zwischen Digitalisierung und Digitaler Transformation? Digitalisierung bedeutet, analoge Inhalte zu digitalisieren. Es umschreibt einen Prozess, mit dem Digitale Technologien implementiert werden, beispielsweise eine Buchhaltungssoftware anstelle einer klassischen Buchhaltung anzuwenden. Digitale Transformation schliesst weitere Veränderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt, ein. Es geht bei der Digitalen Transformation oft um die vollständige Umwandlung bestehender Prozesse und Geschäftsmodelle. Auf diesem Weg erschliessen sich in der Regel neue Geschäftsfelder oder Geschäftsmodelle. Kern der Digitalen Transformation ist es, dass Produkte und Dienstleistungen auf eine andere Art und Weise monetarisiert werden können, als es mit dem bestehenden Geschäftsmodell der Fall war. Zu Frage 2: Für das Zusammenspiel im Thurgau ist der Verein 'Smarter Thurgau' von grosser Bedeutung, bringt er doch innovative Kräfte aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und weiteren Bereichen zusammen und sorgt somit für einwandfreie Schnittstellen. Zu Frage 3: Wenn wir die Digitale Transformation vorantreiben und von den Vorteilen jetzt und nicht erst in fünf Jahren profitieren wollen, ist der Ausbau des 5G-Netzes entscheidend. Die derzeitigen Kapazitätsprobleme führen zu einem Datenstau, der sich in Gesprächsabbrüchen, langsamen Datenübertragungen und ruckelnden Übertragungen beim Video- und Audio-Streaming zeigt. Das, was wir bei den Digitalisierungsprozessen nicht haben, ist Zeit. Zu Frage 5: Bezüglich der Versorgungssicherheit müssen grosse Anstrengungen unternommen werden, um die Schliessung der Winterlücke durch den Ausbau aller möglichen, zurzeit akzeptierten erneuerbaren Stromerzeugungsvarianten Schritt für Schritt sicherzustellen. Zu Frage 8: Bezüglich Investitionen sollen Projekte gefördert werden, die rasch umgesetzt werden können und einen hohen Kundennutzen haben. Beispiele dafür sind ein digitaler Kundenschalter, die digitale Steuerdeklaration und die automatisierte Bearbeitung von Massengesuchen. Es ist wichtig, dass alle diese Plattformen bedienerfreundlich sind, denn sonst werden sie nicht benutzt. Aus Sicht der EDU birgt 'immer schneller, immer mehr' für uns Menschen aber auch Gefahren, insbesondere für unsere Gesundheit. Es gilt, abzuwägen, wo die Grenze für jede einzelne Person liegt."

Hauser, GP: Der Regierungsrat listet auf sechs Seiten eine Zusammenfassung der digitalen Entwicklung auf, die in den letzten Jahren im Thurgau stattgefunden hat. Ganz im Sinne des Themas kann auf verschiedenen Internetseiten zu allen Fragen der Interpellation vertieft recherchiert werden. Nach zahlreichen Klicks und langem Lesen im Netz sollte allen klar werden, dass der Kanton Thurgau gut aufgestellt ist und im Vergleich mit anderen Kantonen sogar besser abschneidet, beispielsweise bei der Qualität des Mobilfunknetzes oder der Abdeckung mittels leistungsfähigster Glasfasertechnologie. Obwohl der Thurgau zu den "top ten" des Kantonsrankings gehört, gibt der Mobilfunkausbau beziehungsweise der Ausbau des 5G-Netzes Anlass zu Kritik. Für den Betrieb eines voll

funktionsfähigen 5G-Netzes müssten schweizweit tausend neue Antennen gebaut werden. Für diesen Lobbyismus haben die Grünen wenig Verständnis. Wir sprechen uns klar gegen eine Anhebung der Grenzwerte aus. Wir haben im schweizerischen Umweltschutzrecht ein Vorsorgeprinzip. Schäden und Belastungen sollen vermieden werden, wenn sie nicht ausgeschlossen werden können. Im Bereich der Funkstrahlungen können Schäden gemäss den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht vollständig ausgeschlossen werden. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass möglichst viele Signale über unser hervorragend ausgebautes Glasfasernetz übertragen werden. So können zahlreiche Antennen verhindert werden. Wir bitten den Regierungsrat, hier eine differenzierte Position zum Ausbau des 5G-Netzes einzunehmen. Betreffend Stromversorgungssicherheit besteht Handlungsbedarf. Dass die Punkte Winterlücke, Integration ins europäische Netz und Ausbau des Verteilnetzes auf den Ebenen 6 und 7 vor dem Hintergrund der "Energierstrategie 2050" angegangen werden, entspricht dem heutigen Zeitgeist. Wir unterstützen eine vorausschauende Planung mit Einbezug von erneuerbaren Energien. Die Beantwortung des Regierungsrates fällt zufriedenstellend aus. Zahlreiche Projekte, innovative Ideen und die Vernetzung von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bildung konnten in den letzten Jahren umgesetzt oder vorangetrieben werden. Mit der Zustimmung des Grossen Rates zum Rahmenkredit 2022–2025 in der Höhe von 12,8 Millionen Franken ist auch die Finanzierung vorläufig sichergestellt. Die Grüne Fraktion bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Interpellation.

Ammann, GLP: Ich spreche für die GLP-Fraktion und danke dem Regierungsrat für die informative und sehr gute Rückmeldung. Ich beziehe mich auf die Nationale Risikoanalyse. In der "Nationalen Risikoanalyse von Katastrophen und Notlagen (KNS)" aus dem Jahr 2020 werden die Pandemie, die Strommangellage und der Ausfall des Mobilfunks als die drei grössten Risiken genannt. Vielleicht müsste man heute, nur zwei Jahre später, ein viertes Risiko dazu nehmen: Das Vermeiden von einseitigen Abhängigkeiten, beispielsweise eine einseitige Energieversorgung. Sei dies die Abhängigkeit einer Region, eines Land oder einzelner Energieträger. Zu allen vier Risiken habe ich mir ein paar Gedanken gemacht. Die Pandemie haben wir kennen, aber nicht schätzen gelernt und wohl auch das notwendige Glück gehabt, dass der Thurgau bisher insgesamt glimpflich weggekommen ist. Für einige Menschen und Organisationen werden die Folgen noch lange spürbar sein. Das, was die Legislative, die Exekutive und die Verwaltung, als hoffentlich lernende Organisationen mitnehmen, interessiert wohl nicht nur mich. Sind wir für die Zukunft gut aufgestellt? Fördern wir die Resilienz, das Zusammenspiel von Organisationen, Institutionen wie auch den einzelnen Menschen für zukünftige ähnliche Ereignisse? Sind wir gewappnet? Zum 2. Risiko: Die Strommangellage haben wir aufgrund der Netzüberlastung mit dem "beinahe Blackout" am 23. Mai 2019 erlebt. Die Netze sind eine Achillesferse. Kann eine Netzüberlastung oder Stromknappheit im Stromnetz wieder geschehen, vielleicht sogar unbewusst, wegen des eigentlich erwünschten raschen

Energieträgerwechsels? Die Netze wie auch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern scheint ein sehr hohes und akutes Risiko zu sein. Das, was man bei Aktien kennt, gilt wohl auch hier. Es gilt, zu diversifizieren und Unabhängigkeiten zu schaffen, wenn man Risiken vermeiden will. Unabhängig heisst aber nicht, dabei alles selbst zu machen, sondern in erster Linie zu diversifizieren. Das Klumpenrisiko und die Nutzung von Öl und Gas, vor allem aus derselben geopolitischen Quelle, erteilt uns gerade eine Lektion. Je länger der Preis für Erdgas und Erdöl hoch bleibt, desto rascher wird der Markt aufgrund unattraktiver Preise ausweichen und reagieren wollen. Ob und wie lange der Staat darüber hinaus lenken muss, ist eine Gesinnungsfrage. Der Staat sollte aber immer mit einfachen Verfahrensbewilligungen und Deregulierungen für das Neue behilflich sein. Ich erinnere an das Biogas. Meines Erachtens fehlt es hier an der Deregulierung. Es muss sein, Wege rasch und unbürokratisch freizumachen und zu ermöglichen. Mögliche finanzielle Lenkungen sollten begrenzt werden und nicht zu neuen, möglicherweise wieder irreversiblen Abhängigkeiten führen. Wir bitten den Regierungsrat, seine Energieabhängigkeit und Netzqualität über die Tätigkeiten seiner mandatierten Verwaltungsräte, insbesondere in der EKT AG und bei der Axpo, in einer Diversifikationsstrategie sicherzustellen und die Risiken für den Thurgau zu minimieren. Zum letzten Notlagerisiko, ein Ausfall des Mobilfunks: Hier habe ich gestaunt. Ich bin nicht auf die Idee gekommen, dass dieser zu den drei grossen Risiken gehört. Aber auch hier scheint es fünf vor zwölf zu sein. Ein Ausfall des Mobilfunks scheint kein Luxusproblem zu sein, da offenbar viele Notfallnummern betroffen wären. Wie kürzlich in einer Sonntagszeitung zu lesen war, müsste das Notfallnetz "Polycom" schon lange ersetzt werden. Regierungsrätin Cornelia Komposch hat dies an einer Kommissionssitzung bereits einmal erwähnt. Wenn beides gleichzeitig ausfallen würde, wäre dies eine grosse Herausforderung. Ein Notfallplan für einen Ausfall scheint nötig. Ich frage deshalb den Kanton, ob ein solcher kantonaler Notfallplan für die drei grossen Risiken überhaupt vorliegt. Das ziemlich nüchtern festgestellte Fazit in der Beantwortung, dass das bisherige System aufgrund der immer grösseren Nutzung und der Bandbreite bereits am Kapazitätslimit operiere, lässt aufhorchen. Dass ein Antennensystem vorhanden ist, das nur 3 % bis 5 % der Kapazitäten ausnutzen darf, wirft Fragen auf. Ich habe hier eine etwas andere Meinung als meine Vorrednerin. Sind die Ängste vor 5G erhärtet und begründet und das Verhindern des Weiterausbaus eines ausreichend guten Mobilfunknetzes gerechtfertigt? Ängste betreffend Gesundheit, aber auch in Richtung des Risikos der grössten Notlagen der Schweiz sind ernst zu nehmen. Aus unserer Sicht wären eine klare Positionierung des Regierungsrates und eine Verstärkung der Information sicher gut. Demzufolge wäre es wünschenswert, dass der Regierungsrat bei den vier Notfalllagen seine Macht und seine Stellung auch kantonsübergreifend wahrnimmt. Die Probleme werden seitens des Regierungsrates sehr gut herauskristallisiert und erkannt. Die Wirtschaft kann an vielen Orten Lösungen bringen. Bei Fragen zu systemrelevanten Versorgungssystemen nimmt der Staat durchaus zu Recht für sich in Anspruch, im Lead zu sein. "Leadership" heisst Verantwortung. Dies kann

sein, dem Bund aufzuzeigen, dass Gefahren drohen, einzutreffen. Gleich alle vier beschriebenen Risiken, die Pandemie, die Strommangellage, der Ausfall des Mobilfunks und die einseitigen Abhängigkeiten bei der Energieversorgung, dürfen den Thurgau nicht oder nicht nacheinander innert kurzer Zeit treffen. Darüber sind sich wohl alle einig. Wir sollten mit Hochdruck daran arbeiten, damit solche Schadensereignisse möglichst weniger wahrscheinlich werden. Jene, die dafür etwas tun können, sei dies in Bern oder wo auch immer, sollten entsprechend handeln. Im Bereich der Digitalisierung warten viele Chancen, die Bandbreiten und Energie kosten. Wir sollten diese dort, wo nötig, absichern. Es gibt noch immer genügend andere Risiken, die unkontrollierbarer sind oder auf uns eintreffen können, sei dies Cyber oder Wettbewerbsrückfall aufgrund eines digitalen Stillstands. Die GLP-Fraktion bittet den Kanton, die wichtigsten Risiken sehr ernst zu nehmen und wenn nötig in Bern entsprechend vorstellig zu werden.

Regierungsrat **Schönholzer**: Die Interpellation wirft eine sehr komplexe, aber ebenso spannende Fragerunde auf. Die Beantwortung hat nicht nur mein Departement, sondern den gesamten Regierungsrat gefordert. Ich bitte um Verständnis, dass nicht alle Fragen zu den sehr komplexen und sich rasch ändernden Themen zufriedenstellend beantwortet werden konnten, selbst wenn die Beantwortung aussergewöhnlich lange ausgefallen ist. Die Herausforderungen in diesem Bereich ändern sich derart rasch, und sie sind so komplex, dass wir sie nur als Gemeinschaft und Gesellschaft miteinander lösen können. Ich bin froh, dass der Regierungsrat im August 2021 die "Strategie Digitale Verwaltung" erlassen hat und mit dem Kompetenzzentrum gerade noch rechtzeitig gestartet ist. An dieser Stelle danke ich dem Grossen Rat bestens, dass er den Digitalisierungsprozess bisher immer mit personellen und finanziellen Mitteln unterstützt hat. Es wurde sehr treffend darauf hingewiesen, dass Digitalisierung immer Strom, sogar sehr viel Strom, benötigt. Es ist eine grosse Herausforderung, diesen erneuerbar und jederzeit zu produzieren. Da sind wir wieder beim Thema der Infrastruktur, wie Wasser, Wind, Biogas, Geothermie und Photovoltaik. Dafür braucht es Bewilligungen. Diese müssen wir künftig mit sehr viel mehr Tempo erhalten. Der Regierungsrat ist in der Antwort auf Frage 5 darauf eingegangen. In den Bewilligungsprozessen braucht es aber auch die Unterstützung der Bevölkerung. Gerade der Ausbau des 5G-Netzes stockt. Dabei wäre es für die Wirtschaft, die Gesellschaft und für die Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung, dass wir im ländlichen Raum über das 5G-Netz flächendeckend besser versorgt werden. Es braucht also mehr Aufklärung, mehr Fakten und weniger "Fake News". Es braucht Daten über die tatsächliche Gefährdung durch Strahlen. Es braucht aber auch Menschen, die die Botschaften letztlich hören wollen. Die Bewilligungsprozesse liegen bei den Gemeinden. Es soll im Thurgau Gemeinden geben, die die Bewilligungsprozesse sistiert haben und auf Künftiges warten. Dafür habe ich wenig Verständnis. Die Fakten für eine Bewilligung liegen auf dem Tisch. Wir alle sollten diese gemeinsam angehen. Wenn eine Anlage bewilligungsfähig ist, sollte die Bewilligung erteilt werden. Für eine sichere Versorgung sind

Auszug aus: Protokoll des Grossen Rates Nr. 37 vom 04. Mai 2022

wir alle verantwortlich. Ich freue mich, die Herausforderungen zusammen mit dem Grossen Rat auch künftig anzugehen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsidentin: Das Geschäft ist erledigt.